

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Heuberger, Andreas (2009):

Auswirkungen des Klimawandels. Der Klimawandel als Bedrohung unserer Sicherheit

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(2), 12-23.

doi: 10.7396/2009_2_B

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Heuberger, Andreas (2009). Auswirkungen des Klimawandels. Der Klimawandel als Bedrohung unserer Sicherheit, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 12-23, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2009_2_B.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2009

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 3/2013

Auswirkungen des Klimawandels

Der Klimawandel als Bedrohung unserer Sicherheit



ANDREAS HEUBERGER,
Mitarbeiter der Abteilung IV.2
(Reise- und Grenzverkehr; Asyl-,
Aufenthalts- und Wanderungswesen)
im Bundesministerium für
europäische und internationale
Angelegenheiten.

Der Klimawandel ist ein Problem, das uns zwar irgendwie berührt und interessiert, gleichzeitig aber von den meisten Menschen nur sehr vage in seinen Folgen und Auswirkungen wahrgenommen wird. Zudem erscheint es – räumlich wie zeitlich – in weiter Ferne, sodass viele der Meinung sind, dass es derzeit ganz andere Probleme gibt, die es zu lösen gilt und denen man sich besser widmen sollte. Warum es aber gerade in Zeiten einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die es in dieser Form zumindest seit den Dreißigerjahren des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr gegeben hat, Sinn macht, sich rechtzeitig mit den Auswirkungen des Klimawandels eingehend zu befassen, soll dieser Artikel zeigen. Die Bedeutung des Klimawandels für die Sicherheitspolitik ist in den letzten Jahren enorm gestiegen und findet sich auch auf der Agenda Österreichs für die Jahre 2009 und 2010 während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Neben den direkten Folgen des Klimawandels, wie z.B. Wasserknappheit, sind es vor allem Auswirkungen, die zwar geografisch weit entfernt auftreten, aber dennoch bei uns – zum Beispiel in Form verstärkter Migrationsströme – spürbar werden, die unsere Sicherheit bedrohen können. Auch wenn in Europa und den USA direkte sicherheitspolitische Folgen vorerst ausbleiben, ist mit möglichen Auswirkungen auf die innere Sicherheit zu rechnen. Die internationale Dimension innerer Sicherheit von Industriestaaten darf vor dem Hintergrund der fortschreitenden Entterritorialisierung und Entstaatlichung von Gefahren, bedingt durch die Globalisierung, nicht vernachlässigt werden. Bereits heute liegen die Ursachen für den internationalen Terrorismus, die Radikalisierung ethnischer Gruppen und Organisierte Kriminalität oft in geografisch weit entfernten Krisenregionen.

Die ungeahnten (und vielleicht noch immer nicht zur Gänze erkennbaren) Auswirkungen des Platzens der amerikanischen Immobilienblase zeigen die Abhängigkeit von globalen Umständen, Akteuren und Ereignissen auch für Österreich und Europa. Die Ereignisse Anfang des Jahres 2009 in Form eines russischen Erdgaslieferstopps, der dann zwar in keiner Energiekrise mündete, aber dorthin hätte führen können, zeigen darüber hinaus, dass man sich mit offensichtlichen (aber zukünftigen) Problemen am liebsten erst dann beschäftigt, wenn es gar nicht mehr anders geht. Als der Autor dieses Artikels bei einer Diskussion in Brüssel im Herbst 2006 für eine Stärkung der Autarkie der Energieversorgung Europas plädierte und weniger Abhängigkeit von Russland forderte, wurde empört von allen anwesenden Experten entgegengehalten, dass heutzutage allein die internationale Verflechtung für entsprechende Stabilität Sorge. Die Globalisierung hat unbestritten Vorteile und Fortschritte gebracht, aber gerade auch im Sicherheitsbereich dazu

beigetragen, dass die innere und äußere Sicherheit von Staaten heute mehr denn je von Entwicklungen abhängt, die sich gänzlich innerhalb der Grenzen anderer Staaten zutragen.

DER MODERNE SICHERHEITS-BEGRIFF

Spätestens seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation wird in den internationalen Politikwissenschaften eine Veränderung und konzeptionelle Erweiterung des Sicherheitsbegriffes diskutiert. In den 1980er Jahren wurden die Politikfelder Sicherheit und Umwelt unter dem Begriff der ökologischen Sicherheit (environmental security) verknüpft. In der weiteren theoretischen Diskussion zeigte sich, dass nicht nur militärische Aggression, sondern oft komplexe machtpolitische, ökonomische, soziokulturelle und ökologische Auslösefaktoren Unsicherheit, Gewalt und Instabilität verursachen. Dies führte zu Konzepten der „erweiterten Sicherheit“ (Biermann et al. 1998). Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) verwendet dafür den Begriff der „menschlichen Sicherheit“. Mit dieser Erweiterung des Sicherheitsbegriffes werden nun auch nicht-militärische Politikfelder als sicherheitsrelevant erkannt und zu möglichen Gefahrenfaktoren (Buzan et al. 1998).

UMWELTASPEKTE IN DER SICHERHEITSPOLITIK DER EU

Der Klimawandel wirkt sich auf die Außen- und Sicherheitspolitik aus, ist sich der deutsche Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sicher. Zunehmende Wasserknappheit, Ernterückgänge und extreme Wetterereignisse können zu erheblichen sozialen und politischen Spannungen führen. Auf dem „17. Forum Globale Fragen“ des Auswärtigen Amtes in Berlin am 14. Juni 2007 wies Steinmeier auf die sicherheitspolitische Dimension des Klima-

wandels hin. Der deutsche Außenminister forderte für den Kampf gegen den Klimawandel einen Ausbau der europäischen Diplomatie. Die EU nehme aufgrund ihrer jüngsten Beschlüsse eine Vorreiter- und Führungsrolle in der Klimapolitik ein. Diese müsse gestalterisch wahrgenommen werden.

In den Medienberichten zur Weltklimakonferenz in Nusa Dua auf Bali im Dezember 2007 wurden die sicherheitspolitischen Aspekte des Klimawandels ebenfalls thematisiert. So wurde der führende deutsche Klimaexperte Hans Joachim Schellnhuber zitiert, der meint, die fortschreitende Erderwärmung könnte sogar zu einem „globalen Bürgerkrieg“ führen, und der Direktor des UNO-Umweltprogramms, Achim Steiner, der verlautbarte, dass der Kampf gegen den Klimawandel auch ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts sein werde.¹

Die Europäische Union hat mittlerweile in ihrer aktuellen Einschätzung der Situation den globalen Klimawandel und seine Folgen offiziell als sicherheitspolitisches Risiko und als Bedrohung für Europa eingestuft. Beim Frühjahrstreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten im März 2008 in Brüssel wurde die bisherige Sicherheitsdoktrin entsprechend ausgeweitet. Beschlussvorlage für das Gipfeltreffen war der Bericht „Klimawandel und internationale Sicherheit“ (EU 2008), den der EU-Außenbeauftragte Javier Solana und die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen Benita Ferrero-Waldner dem Europäischen Rat für sein Treffen am 13. und 14. März dieses Jahres vorgelegt haben. Solana und Ferrero-Waldner betonen die Bedeutung der internationalen Klimaverhandlungen und einer EU-Führungsrolle in diesen Verhandlungen. Ein wichtiges Ziel ist die Intensivierung des politischen Dialogs mit Dritt-

ländern und darüber hinaus findet sich auch eine Vorgabe für einen konkreten Zeitplan bezüglich eines internationalen Klimafolgenregimes, da die EU verstärkt darauf hinwirken soll, „(...) dass im Jahr 2009 ein ehrgeiziges Übereinkommen für die Zeit nach 2012 geschlossen wird, das Folgenabschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen aller Staaten als entscheidenden Beitrag zur Klimasicherheit vorsieht.“ (EU 2008, 10)

ZUKÜNFTIGE KONFLIKT-KONSTELLATIONEN IN ZUSAMMENHANG MIT UMWELTVERÄNDERUNGEN

Während man in Zusammenhang mit dem Klimawandel wohl eher zuerst an Hitze, Trockenheit, steigende Meeresspiegel und schmelzende Gletscher denkt, sollen an dieser Stelle all jene Folgen des Klimawandels thematisiert werden, die sich in besonderem Maße auch auf die Sicherheitslage in Europa auswirken können. Aufgrund des hohen Vernetzungsgrades unserer Gesellschaft können nämlich auch entfernte Ereignisse zu großen Beeinträchtigungen führen.

Der wissenschaftliche Beirat „Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) hat Anfang Juni 2007 eine Studie mit dem Titel „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ herausgegeben (WBGU 2007). Sie fasst den derzeitigen Stand des Wissens zum Zukunftsthema „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ zusammen. Grundlage hierfür sind die Erkenntnisse der Umweltkonflikt- und Kriegsursachenforschung sowie der Klimafolgenforschung. Es wurden einerseits Erfahrungen der Vergangenheit aufgearbeitet, zugleich aber ein Blick weit in die Zukunft gewagt, um die sich anbahnenden Wirkungen des Klimawandels auf nationale Gesellschaften, Weltregionen und das internationale System abzuschätzen.

Die Studie zieht unter anderem folgende Schlussfolgerungen:

- Die Zahl schwacher und fragiler Staaten wird zunehmen. Entstehende „schwarze Löcher der Weltpolitik“ könnten zu einem Sicherheitsrisiko für alle werden.
- Der Klimawandel gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen Ländern, sondern aufgrund der globalen Verflechtung auch die Weltwirtschaft.
- Die reichen Länder verursachen den Klimawandel. Gleichzeitig beziehen sie einen Großteil ihrer Rohstoffe aus armen Ländern, die besonders unter dem Klimawandel leiden. Das schafft neue politische Konfliktlinien.
- Die Klimaveränderungen könnten eine Form von „Umweltflüchtlingen“ schaffen. Die Auswirkungen des Klimawandels haben demnach erhebliche Folgewirkungen auf die staatliche Struktur in vielen Ländern. Es werden vier große Bereiche identifiziert, in denen es durch den Klimawandel bedingte sicherheitsrelevante Veränderungen geben könnte:
 - klimabedingter Rückgang der Süßwasserverfügbarkeit,
 - klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion,
 - klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen,
 - umweltbedingte Migration.

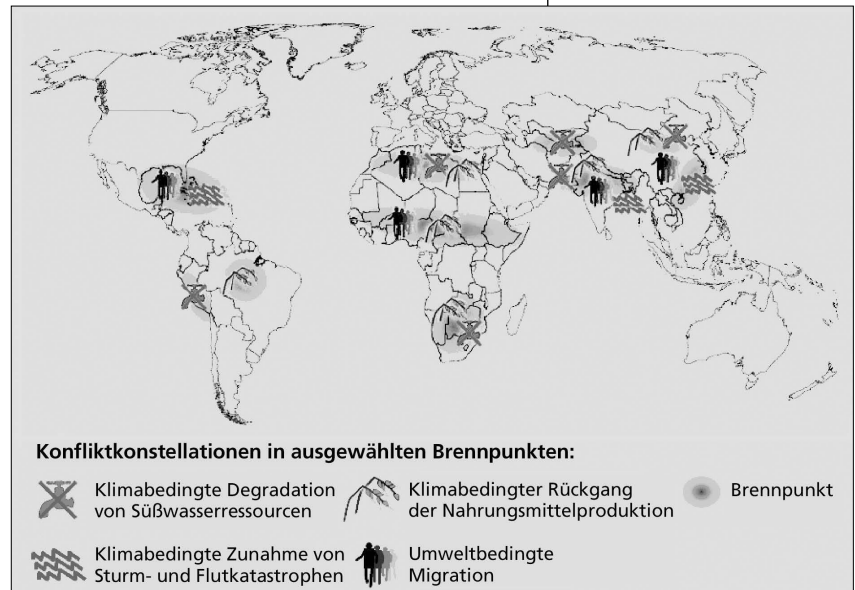
Diese Konfliktkonstellationen könnten in vielen Regionen der Welt in ähnlicher Ausprägung auftreten und Gewaltkonflikte verursachen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache, dass zwischen den einzelnen Konfliktkonstellationen zusätzliche wechselseitige Abhängigkeiten, Verstärkungs- und Rückkoppelungseffekte bestehen, sodass es zu schwer vorhersehbaren Wechselwirkungen kommen kann, die die Anforderungen zur Problembewältigung an die Politik potenzieren.

Quelle: WBGU 2007

Der Zusammenhang zwischen Flut- bzw. Sturmkatastrophen und Unruhen gilt als wissenschaftlich gesichert und auch im Zusammenhang mit Wasserverknappung wurden bereits Konflikte beobachtet. Besonders stark in Erinnerung sind z. B. sicherlich die im Jahr 2008 aufgetretenen Konflikte durch die Teuerungen bei Lebensmitteln. Wie Pressemeldungen vom Mai 2008 zu entnehmen war², mussten in Pakistan bereits Soldaten die Ausgabe an den staatlichen Lebensmittelshops bewachen, um Krawalle zu verhindern. In Bangladesch, auf den Philippinen, in Indonesien und Thailand kam es wegen Lebensmittelengpässen und Preisanstiegen zu Unruhen, Demonstrationen und Streiks. Auch im westafrikanischen Senegal, in Burkina Faso, Mauretanien, Kamerun und in Ägypten kam es wegen der akuten Verknappung von Lebensmitteln bzw. der explodierenden Preise zu massiven Protesten und teilweise gewalttätigen Zusammenstößen mit Sicherheitskräften. Auf Haiti spitzte sich die Lage nach tagelangen Protesten gegen die Teuerungswelle bei Grundnahrungsmitteln weiter zu. Nach Radioberichten errichteten Demonstranten in der Hauptstadt Port-au-Prince Barrikaden, plünderten Geschäfte und steckten Autos in Brand. Tausende Menschen protestierten vor dem Präsidentenpalast. Bei den Unruhen starben fünf Menschen.³

Durch solche Ereignisse geraten auch Staaten und Regierungen unter Druck.

Die Regierung der Elfenbeinküste entschloss sich angesichts der Protestwelle, die Steuern auf Lebensmittel zu senken, jene von Burkina Faso entschloss sich zu einer Senkung der Einfuhrzölle auf Grundnahrungsmittel. Kamerun hob die Zölle vorübergehend überhaupt auf. China, Vietnam und Indien wiederum verhängten



Sicherheitsrisiken aufgrund des Klimawandels (ausgewählte Brennpunkte)

Exportverbote bzw. beschränkten zumindest die Ausfuhrquoten für ihr wichtigstes Grundnahrungsmittel Reis.⁴

Die Verdreifachung des Reispreises trifft die meisten Europäer wohl nicht so hart wie Menschen in anderen Ländern, obwohl es einige nachdenklich stimmt, wenn in den USA plötzlich Reis rationiert wird. Doch auch in Deutschland sind die Großhandelspreise für Getreide, Saaten und Futtermittel im März 2008 im Vergleich zu März 2007 um 52 % (!) angestiegen und es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis die Endverbraucher die gestiegenen Kosten tragen müssen. Es ist eine neue Form der Armut und des Hungers, wenn die Regale der Supermärkte in Industrieländern zwar gefüllt sind, aber viele Kunden sich die Produkte einfach nicht mehr leisten können.⁵

Der Präsident der Weltbank Robert B. Zoellick warnte zuletzt vor sozialen Unruhen infolge der explodierenden Nahrungsmittelpreise in 33 Staaten quer über den Globus.⁶ Auch UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon warnte am 25. April 2008 in Wien auf einer Pressekonferenz in diesem

Zusammenhang vor den Folgen einer „globalen Krise“. Der UN-Sonderbericht-erstatte Jean Ziegler meint, „(...) wir steuern auf eine sehr lange Periode von Aufständen, Konflikten und unkontrollierbarer Instabilität zu, die gekennzeichnet ist von der Verzweiflung der schwächsten Bevölkerungsgruppen“.⁷

Durch Ernährungskrisen in Entwicklungsländern kann Destabilisierung verursacht werden oder können bereits bestehende Konflikte verstärkt werden (Homer-Dixon et al. 1993; de Soysa et al. 1999). Obwohl die OECD-Staaten anfänglich nur wenig betroffen sein würden, könnte sich die Sicherheitslage ebenfalls verschlechtern, zum Beispiel durch ausgelöste Migrationsströme.

Auf diese „Umweltflüchtlinge“ soll nun abschließend noch näher eingegangen werden, um die Problematik, aber auch einige mögliche Lösungsansätze zu diskutieren.

UMWELTBEDINGTE MIGRATION

Der Begriff Migration umfasst ganz allgemein alle Arten von Flucht- oder Wanderungsströmen, freiwillig wie unfreiwillig und sowohl grenzüberschreitend wie auch innerstaatlich (vgl. u.a. UNHCR 2006).

Migration ist eine der ältesten Bewältigungsstrategien im Umgang mit variablen Umweltbedingungen wie etwa Dürren.

Aufgrund der Zunahme an Intensität und Großräumigkeit von Umweltveränderungen wird jedoch auch von Umweltmigration als einem neuen Phänomen gesprochen (Sulimann 1994; Nuscheler 2004).

Das Earth Policy Institute in Washington bezeichnete die Flucht Hunderttausender vor dem Hurrikan Katrina als „erste dokumentierte Massenbewegung von Klimaflüchtlingen“ (Brown 2006). Der Begriff

„Flüchtling“ in diesem Zusammenhang ist jedoch rechtlich nicht zutreffend, da er laut der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention einen wesentlich enger eingegrenzten Personenkreis umfasst. Die mit dem Flüchtlingsstatus verbundenen Schutzwirkungen des Völkerrechts gelten daher für Umweltmigranten meist nicht.

Neben Naturkatastrophen ist vor allem die schleichende Degradation der Umwelt, also ihre Veränderung in eine Form, die die Nutzung der Naturschätze durch den Menschen reduziert oder verhindert, ein Auslöser für Migration. Zum Beispiel waren 1968 bis 1973 allein in Burkina Faso eine Million Menschen durch Dürre zur Abwanderung gezwungen (Biermann 2001).

Allerdings sind Umweltdegradationen meist auch kein singulärer auslösender Faktor für Migration, sondern wirken in enger Verknüpfung mit anderen sozioökonomischen und politischen Faktoren wie hohem Bevölkerungswachstum, niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und schlecht ausgebildeten Governance-Strukturen. Die Bereitschaft zur Migration wird dabei als individuelle Bewältigungsstrategie beschrieben, daneben spielen vor allem die Funktionsfähigkeit und Problemlösungskapazität der lokalen und staatlichen Institutionen eine wesentliche Rolle.

Ein indirekter Zusammenhang zur Migration besteht dann, wenn durch Umweltveränderungen zuerst eine Destabilisierung des sozialen Gefüges eintritt, wodurch in weiterer Folge Konflikte verursacht werden, durch die die Menschen dann zur Flucht aus instabilen Regionen gezwungen sind. Vor allem der Völkermord in Ruanda im Jahre 1994 wird oft nicht nur als reiner Ethnizitätskonflikt beschrieben, sondern auch auf die Verarmung der Bevölkerung wegen der Bodenerosion gepaart mit hoher Bevölkerungsdichte zurückgeführt (Percival/Homer-Dixon 1995; Gasana 2002;

Diamond 2005). Aber auch beim Tuaregkonflikt in der westafrikanischen Sahelzone oder beim Zapatistenaufstand in Mexiko spielte die Zerstörung der Umwelt eine Rolle (Biermann 2001).

Durch Umweltkrisen induzierte Migrationsströme können also bereits heute beobachtet werden und könnten bei einem ungebremsten Klimawandel die vorhandenen Kapazitäten zur Problembewältigung deutlich übersteigen. Auch auf der politischen Ebene wurde mittlerweile die Bedeutung einer umfassenden, proaktiven und entwicklungsorientierten Migrationspolitik erkannt. Der Aktionsplan von Rabat, der das Verhältnis von EU und afrikanischen Staaten in diesem Bereich jüngst definierte, kann dabei als ein positives Beispiel dienen. Möglichkeiten legaler Migration müssen geschaffen werden, eine Beschränkung auf Migration aus wirtschaftlichen Gründen ist dabei jedoch nicht ausreichend.

Ein großes Problem ist die Rechtsstellung von Umweltmigranten, die derzeit „eine Lücke“ im bestehenden Flüchtlingsregime darstellt und für die optimalerweise eine multilaterale Konvention anzustreben wäre.

Der geltende völkerrechtliche Flüchtlingsbegriff bedingt derzeit weder rechtliche Schutzmechanismen zugunsten betroffener Individuen noch bestimmte Pflichten der Staaten bei der Behandlung von Umweltmigranten. „Flüchtlinge“ sind gemäß Art. 1A Ziff. 2 der Genfer Flüchtlingskonvention Personen, die „(...) aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ ihren Heimatstaat verlassen muss-

ten. Diese „enge“ Definition ist gemeinhin anerkannt und wirkt nicht nur gegenüber den Vertragsstaaten, sondern ist mittlerweile völkerrechtliches Gewohnheitsrecht, das Flüchtlinge weltweit bestmöglich schützt. Die rechtliche Privilegierung von Flüchtlingen ist sachlich gerechtfertigt und notwendig, wenn man sich der besonderen Gefahr für Leib und Leben bewusst ist, der Flüchtlinge ausgeliefert sind.

Eine Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs der Genfer Konvention mit dem Ziel, den Schutz dieses internationalen Flüchtlingsregimes – zum Beispiel durch ein Zusatzprotokoll zur Genfer Flüchtlingskonvention – auch auf Umweltmigranten auszuweiten, stößt jedoch auf gewichtige Bedenken (Keane 2004, 209–223). Eine Anerkennung des Flüchtlingsstatus unter offeneren Voraussetzungen als bisher könnte eine Aushöhlung des derzeit bestehenden hohen Schutzstandards nach sich ziehen. Die im Rahmen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) abgeschlossene OAU-Flüchtlingskonvention „Convention Governing the Specific Aspects of Refugee Problems in Africa“ definiert zwar einerseits einen erheblich erweiterten Flüchtlingsbegriff, bietet aber nur einen sehr niedrigen bzw. teilweise inexistenten Schutzstandard, der zudem in der Praxis kaum befolgt wird (Keane 2004, 209–223; Rankin 2005).

Daher ist eine neue multilaterale Konvention zum Schutze der Umweltmigranten einer Änderung bzw. Ausweitung des geltenden Flüchtlingsbegriffes durch eine Modifikation der bestehenden Genfer Flüchtlingskonvention mittels eines Zusatzprotokolls vorzuziehen.

Während Schätzungen über die zu erwartende Zahl von Umweltmigranten (Norman Myers [Myers 1993] geht zum Beispiel von 150 Millionen im Jahr 2050 aus und wird von der Stern-Studie in dieser Annahme bestätigt [Stern 2006]) oft

als zu hoch gegriffen kritisiert werden, scheint weniger umstritten zu sein, dass es sich dabei meist um innerstaatliche Wanderungsbewegungen zu handeln scheint und auch im Fall von grenzüberschreitender Migration diese eher in Form von Süd-Süd-Migration stattfinden wird (vgl. u.a. Nuschler 2004; Clark 2006). 90 bis 95 % der grenzüberschreitenden Flüchtlinge weltweit fanden Zuflucht in (benachbarten) Entwicklungsländern und leben dort unter katastrophalen Bedingungen (Schmeidl 1997).

Das Gespenst eines „Massenansturms auf die Festung Europa“ scheint sich also nicht zu bewahrheiten. Andererseits zeigt die wachsende mediale Aufmerksamkeit und öffentliche Wahrnehmung des Themas die potentielle politische Sprengkraft dieser Problematik, da die tatsächliche Anzahl zum Beispiel afrikanischer Flüchtlinge („Boat people“), die an europäischen Küsten landen, vergleichsweise gering ist.

MÖGLICHE MASSNAHMEN DER EU

Es wurde versucht exemplarisch zu zeigen, dass der Klimawandel zu einem Treiber gesellschaftlicher Destabilisierung werden kann. Obwohl die in der Vergangenheit beobachteten umweltbeeinflussten Konflikte in der Regel nur lokaler bzw. innerstaatlicher Natur waren, besteht die Gefahr, dass dies in Zukunft – bei einem weiterhin ungebremsten Klimawandel – vermutlich anders sein könnte und nunmehr weitreichende Wirkungen auf nationale Gesellschaften und ganze Kontinente zu befürchten sind. Dies liegt vor allem an der Globalität der Ursachen und Wirkungen des Klimawandels, der hohen Zahl der Betroffenen, der neuartigen Geschwindigkeit und Größenordnung der klimainduzierten Umweltwirkungen und in der gegenseitigen dynamischen Verstärkung der Konfliktkonstellationen.

Bezüglich der vermutlich erst mittel- und langfristig auftretenden Folgen des Klimawandels ist zu bedenken, dass Präventionsmaßnahmen heute zu deutlich geringeren Kosten gesetzt werden können als späteres Krisenmanagement. Klimaschutz ist deshalb auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Da die Kosten jedoch heute anfallen, der Nutzen aber erst in einigen Jahrzehnten sichtbar wird, werden entsprechende Maßnahmen nicht oder nur unzureichend getroffen.

Wie sehr Staaten und Regionen dem Risiko einer Destabilisierung durch die Folgen des Klimawandels ausgesetzt sind, hängt allerdings nicht nur davon ab, wie stark sie selbst vom Klimawandel betroffen sind, sondern vor allem davon, wie gut sie in der Lage sind, darauf zu reagieren.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind Kernstrategien, die es zu verfolgen gilt.

Sie verbessern meist die Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit eines Landes und reduzieren daher die Vulnerabilität gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. So tragen sie auch zur Vermeidung umweltinduzierter Sicherheitsrisiken bei. Den entwickelten Staaten kommt dabei eine bedeutende Rolle zu, da Entwicklungshilfe unter diesem Gesichtspunkt eine wesentliche Rolle in der präventiven Sicherheitspolitik spielt und daher auch im Eigeninteresse der Geberländer ist.

Im Mai 2005 haben die Entwicklungsminister der Europäischen Union beschlossen, die Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,56 % und bis 2015 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens der Geberländer zu erhöhen (EU-Kommission 2006). Derzeit stellen die im OECD Development Assistance Committee (OECD-DAC) organisierten Industrieländer jedoch nur 0,3 %

ihres gesamten Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe zur Verfügung (OECD 2007). Den tatsächlichen jährlichen Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit von insgesamt 107 Mrd. US-\$ im Jahr 2006 standen weltweite Militärausgaben von 1.118 Mrd. US-\$ im Jahr 2005 gegenüber, davon ca. 500 Mrd. in den USA und immerhin 35 Mrd. US-\$ in Deutschland (SIPRI 2006). Das militärische Budget allein in Deutschland entspricht somit ca. einem Drittel der weltweiten Ausgaben für Entwicklungshilfe. Angesichts dieser Diskrepanz wird von vielen Seiten – auch aus sicherheitspolitischer Perspektive – seit einiger Zeit dafür plädiert, Militärausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe umzuschichten (vgl. Brandt 1980; UNDP 1994; Büttner/Krause 1995).

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Ohne entschiedenes Gegensteuern wird der Klimawandel bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeiten vieler Gesellschaften überfordern. Daraus könnten Gewalt und Destabilisierung erwachsen, die die nationale und internationale Sicherheit in einem bisher unbekanntem Ausmaß bedrohen. Der Klimawandel wird daher künftig in Bedrohungs- und Lageanalysen miteinzubeziehen sein.

Der Klimawandel stellt dabei im Vergleich zur terroristischen Bedrohung die größere kollektive Sicherheitsbedrohung der Menschheit dar. Dieser kann nur durch eine gemeinsame Anstrengung der internationalen Staatengemeinschaft wirksam begegnet werden. Die Staatengemeinschaft könnte durch den Klimawandel sogar zusammgeführt werden, wenn sie ihn als gemeinsame Bedrohung der Menschheit versteht und in den kommenden Jahren

durch eine energische und weltweit abgestimmte Klimapolitik die Weichen für die Vermeidung eines gefährlichen anthropogenen Klimawandels stellt. Auf internationaler Ebene wird es dabei um globale Flüchtlingspolitik, die Stabilisierung der Weltwirtschaft, Entwicklung von Kompensationsmechanismen für Opfer des Klimawandels und um weltweite Diplomatie zur Einhegung klimainduzierter Konflikte gehen.

Die zu erwartenden Änderungen im internationalen System lassen eine neue Global-Governance-Struktur entstehen. Durch den relativen Bedeutungsgewinn Chinas und Indiens bei einer gleichzeitigen Abschwächung der Hegemonialstellung der USA wird sich der weltpolitische Status quo verändern. Eine neue multilaterale Ordnung, die von Asien bis Nordamerika als fair empfunden wird, ist nötig. Dabei könnten einerseits Indien und China eine geringe Bereitschaft zeigen, klassische Konzepte von Souveränität, Nationalstaat und Machtpolitik aufzugeben, andererseits aber auch die USA die Position „globaler Dominanz“ zugunsten einer „geteilten globalen Führerschaft“ nur widerstrebend abgeben. Daher kommt der friedlichen und geordneten Bewältigung dieses Prozesses eine besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang nimmt die Europäische Union eine Vorreiterrolle ein. Die supranationalen Strukturen der EU zeigen, dass angesichts der begrenzten Reichweite nationalstaatlichen Handelns und der komplexen globalen Interdependenzen die Delegation von Souveränität nicht immer einen automatischen Verlust von Steuerungsfähigkeit bedeuten muss. Allerdings ist diese Einsicht auch in Europa erst durch einen jahrzehntelangen Prozess entstanden und muss in anderen Ländern erst noch gesellschaftsfähig werden. Nur mit einer funktionierenden, auf Ko-

operation und Multilateralismus beruhenden Global-Governance-Architektur wird es möglich sein, den veränderten Bedrohungen und Sicherheitsrisiken durch den Klimawandel effektiv zu begegnen und allgemein akzeptierte Lösungen auszuhandeln.

Gelingt dies nicht, wird der Klimawandel zunehmend Spaltungs- und Konfliktlinien in der internationalen Politik hervorrufen, weil er vielfältige Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern auslöst: um Wasser, um Land, um die Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen oder um Kompensationszahlungen zwischen den wesentlichen Verursachern des Klimawandels und den Ländern, die vor allem von dessen destruktiven Wirkungen betroffen sein werden. Die derzeit erwartbaren gesellschaftlichen Auswirkungen

des Klimawandels lassen allerdings zumindest im europäischen Raum für die kommenden 20 bis 30 Jahre keine Sicherheitsprobleme im Sinne gewaltsam eskalierender Konflikte erwarten.

Am Beispiel des Hurrikans Katrina im Jahr 2005 in den USA zeigt sich jedoch deutlich, dass auch hochentwickelte Gesellschaften beispielsweise durch Sturmkatastrophen betroffen sein können und in ihrer Problemlösungskapazität gefordert werden. Sollten derartige Ereignisse zukünftig an Stärke zunehmen und gleichzeitig gehäuft an mehreren Stellen auftreten, könnten auch für Industrieländer erhebliche Probleme entstehen. Vorerst werden diese aber vor allem als Geber von Finanztransfers und humanitärer Hilfe sowie als Zielländer von Migrationsbewegungen betroffen sein.

- ¹ <http://www.vol.at/news/tp:vol:klima/artikel/experten-warnen-vor-globalem-buergerkrieg/cn/news-2007121008373716> am 02.01.2008.
- ² www.derstandard.at, österreichische Tageszeitung, Print-Ausgabe, 26./27. April 2008, 2.
- ³ www.orf.at, ORF-ON am 09.04.2008.
- ⁴ Ebd.
- ⁵ www.derstandard.at, österreichische Tageszeitung, Print-Ausgabe, 26./27. April 2008, 40.
- ⁶ www.orf.at, ORF-ON am 09.04.2008.
- ⁷ www.derstandard.at, österreichische Tageszeitung, Print-Ausgabe, 26./27. April 2008, 2.
- Quellenangaben**
- Biermann, F./Petschel-Held, G./Rohloff, C. (1998). *Umweltzerstörung als Konfliktursache? Theoretische Konzeptualisierung und empirische Analyse des Zusammenhangs von Umwelt und Sicherheit*, Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5 (2), 273–308.
- Biermann, F. (2001). *Umweltflüchtlinge. Ursachen und Lösungsansätze*. Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 12/2001, 24–29.
- Brandt, W. (1980). *North-South: A Program for Survival*. Report of the Independent Commission on International Development Issues under the Chairmanship of Willy Brandt, Cambridge.
- Brown, L. R. (2006). *Global Warming Forcing US Postal Population to Move Inland. An Estimated 250,000 Katrina Evacuees are Now Climate Refugees*, Washington, DC.
- Büttner, V./Krause, J. (Hg.) (1995). *Rüstung statt Entwicklung? Sicherheitspolitik, Militärausgaben und Rüstungskontrolle in der Dritten Welt*, Baden-Baden.
- Buzan, B./Waever, O./de Wilde, J. (1998). *Security. A New Framework for Analysis*, London.
- Clark, W. A. V. (2006). *Environmentally Induced Migration and Conflict*, Berlin. http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex04.pdf.
- de Soysa, I. et al. (1999). *To Cultivate Peace: Agriculture in a World of Conflict*, Oslo.
- Diamond, J. (2005). *Kollaps – Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*, Frankfurt/Main.
- EU – Europäische Union (2008). *Klimawandel und Internationale Sicherheit. Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat*, Brüssel.
- EU-Kommission (2006). *Jahresbericht 2006 über die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und die Umsetzung der Außenhilfe im Jahr 2005*, Brüssel.
- Gasana, J. K. (2002). *Natural resource scarcity and violence in Rwanda*, in: *The World Conservation Union (IUCN) (Hg.) Conserving the Peace: Resources, Livelihoods and Security*, Gland, 199–245.
- Homer-Dixon, T. F./Boutwell, J./Rathjens, G. (1993). *Environmental change and violent conflict*, *Scientific American* 268, 8.
- Keane, D. (2004). *The environmental causes and consequences of migration: a search for the meaning of „environmental refugees“*, *Georgetown International Environmental Law Review* 16, 209–223.
- Myers, N. (1993). *Environmental Refugees in a Globally Warmed World*, *BioScience* 43 (11).
- Nuscheler, F. (2004). *Internationale Migration. Flucht und Asyl*, Wiesbaden.
- OECD – Organisation for Economic Development and Cooperation (2007). *Development Aid from OECD Countries Fell 5.1 % in 2006*, Paris. http://www.oecd.org/document/17/0,3343,en_2649_33721_38341265_1_1_1_1,00.html am 04.05.2008.
- Percival, V./Homer-Dixon, T. F. (1995). *Environmental scarcity and violent conflict: the case of Rwanda*, *The Journal of Environment and Development* 5 (3), 270–291.
- Rankin, M. B. (2005). *Extending the Limits or Narrowing the Scope? Deconstructing the OAU Refugee Definition Thirty Years on*. *New Issues in Refugee Research. Working Paper No. 113*, Genf.
- Schmeidl, S. (1997). *Exploring the causes of Forced Migration*, *Social Science Quarterly*, 78 (2), 284–308.
- Stern, N. (2006). *The Economics of Climate Change*. *The Stern Review*, London.
- Suliman, M. (1994). *Ecology, Politics and Violent Conflict*, London.
- SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute (2006). *Yearbook 2006: Armaments, Disarmament and International Security*, Stockholm.
- UNDP – United Nations Development Programme (1994). *Bericht über die menschliche Entwicklung 1994*, Bonn.
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (2006). *Internally Displaced People, Questions and Answers*, New York. <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/basics/opendoc.pdf?tbl=BASICS&id=405ef8c64> am 05.12.2007.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2007). *Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel*, Berlin/Heidelberg. http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html am 05.09.2007.
- Weiterführende Literatur und Links**
- Arnell, N. W. (2006). *Climate change and water resources: a global perspective*, in: Schellnhuber, H. J. et al. (Hg.) *Avoiding Dangerous Climate Change*, Cambridge, 167–177.
- Booth, K./Vale, P. (1997). *Critical security studies and regional insecurity: the case of Southern Africa*, in: Krause, K./Williams, M. C. (Hg.) *Critical Security Studies: Concepts and Cases*, London, 329–358.

- Brauch, H. G. (2006). *Regionalexpertise: Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial prognostizierter Umweltveränderungen in der Region Südeuropa und Nordafrika bis 2020/2050*, Berlin. http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex01.pdf.
- Brock, L. (1992). *Security through defending the environment: an illusion?*, in: Boulding, E. (Hg.) *New Agendas for Peace Research*, 79–102.
- Brock, L. (2001). *Von der ökologischen Sicherheit zum nachhaltigen Frieden?*, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 12.
- Brock, L. (2004). *Vom erweiterten Sicherheitsbegriff zur globalen Konfliktintervention. Eine Zwischenbilanz der neuen Sicherheitsdiskurse. Arbeitspapier*, Frankfurt/Main.
- Carius, A./Petzold-Bradely, E./Pfahl, S. (2001). *Umweltpolitik und nachhaltige Friedenspolitik. Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 12, 6–13.
- Carius, A./Tänzler, D./Winterstein, J. (2006). *Weltkarte von Umweltkonflikten: Ansätze zur Typologisierung*, Berlin. http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex02.pdf.
- Chatel, T. (2006). *Wasserpolitik in Spanien – eine kritische Analyse*, *Geographische Rundschau* (02), 20–28.
- cna (2007). *National Security and the Threat of Climate Change*, Virginia.
- Cosgrove, W. J./Rijsberman, F. R. (2000). *World Water Vision: Making Water Everybody's Business*, London.
- Cox, P. M. et al. (2004). *Amazonian forest dieback under climate-carbon cycle projections for the 21st century*, *Theoretical and Applied Climatology*, vol. 78 (1–3), 137–156.
- CSS – Center for Security Studies (2007). *Klimawandel und Sicherheitspolitik*, *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik* (26).
- Deudney, D. (1990). *The case against linking environmental degradation and national security*, *Millennium* 19 (3), 461–476.
- Drury, A. C./Olson, R. S. (1998). *Disasters and political unrest: an empirical investigation*, *Journal of Contingencies and Crisis Management* 6 (3), 153–161.
- Elliott, L. (2002). *Expanding the Mandate of the UN Security Council to Account for Environmental Issues*, Tokio. <http://www.unu.edu/inter-linkages/docs/IEG/Elliott.pdf> am 21.04.2008.
- Emanuel, K. (2005). *Increasing destructiveness of tropical cyclones over the past 30 years*, *Nature* (436), 686–688.
- EU – Europäische Union (2003). *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt: Europäische Sicherheitsstrategie*, Brüssel.
- Faris, S. (2007). *The real roots of Darfur*, *The Atlantic Monthly* 299 (3).
- Fassbender, B. (2005). *UN-Reform und kollektive Sicherheit. Der Bericht des „UN High-level Panel on Threats, Challenges and Change“ vom Dezember 2004 und die Empfehlungen des UN-Generalsekretärs vom März 2005*, *Global Issue Papers* (17).
- Giese, E./Sehring, J. (2006). *Regionalexpertise: Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial prognostizierter Umweltveränderungen in der Region Zentralasien bis 2020/2050*, Berlin. http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex05.pdf.
- Hamilton, J./Maddison, D./Tol, R. (2005). *Climate change and international tourism. A simulation study*, *Global Environmental Change* 15 (3), 253–266.
- Horlemann, L./Neubert, S. (2007). *Virtual Water Trade: A Realistic Concept for Resolving the Water Crisis?*, Bonn.
- Hoyos, C. D. et al. (2006). *Deconvolution of the factors contributing to the increase in global hurricane intensity*, *Science* (312), 94–97.
- Humphrey, J./Messner, D. (2006). *Eigensinnige Riesen in multipolarer Welt*, *E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit* 47 (5), 192–196.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2007a). *Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the IPCC*, Genf.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2007b). *Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the IPCC*, Genf.
- Kaplan, R. D. (1994). *The coming anarchy*, *Atlantic Monthly* 273 (2), 44–76.

- Levy, M. A. (1995). *Is the environment a national security issue?*, *International Security* 20 (2), 35–62.
- Mark, B. G./Seltzer, G. O. (2003). *Tropical glacier melt water contribution to stream discharge: a case study in the Cordillera Blanca*, *Journal of Glaciology* (49), 271–281.
- NATO/CCMS (1999). *Umwelt und Sicherheit im internationalen Kontext*, Washington, DC.
- Nicholls, R. J. (1995). *Coastal megacities and climate change*, *GeoJournal* (37.3), 369–379.
- O’Leary, M. (2004). *The First 72 Hours: A Community Approach to Disaster Preparedness*, Lincoln.
- Rahmstorf, S. (2007). *A semi-empirical approach to projecting future sea-level rise*, *Science* (315), 368–370.
- Raja M. (2008). *Public water, privately bottled profits*, *Asia Times Online*. http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/JE08Df04.html am 08.05.2008.
- Rignot, E. et al. (2004). *Accelerated ice discharge from the Antarctic Peninsula following the collapse of Larsen B ice shelf*, *Geophysical Research Letters* 31 (18).
- Santos, F. D./Forbes, K./Moita, R. (2002). *Climate Change in Portugal: Scenarios, Impacts and Adaptation Measures*, SIAM Project Report, Lissabon.
- Schär, C. et al. (2004). *The role of increasing temperature variability in European summer heatwaves*, *Nature* (427), 332–336.
- Schwartz, P./Randall, D. (2003). *An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States National Security*, October 2003. http://www.environmentaldefense.org/documents/3566_AbruptClimateChange.pdf am 05.09.2007.
- Thomas, C. D. et al. (2004). *Extinction risk from climate change*, *Nature* (427), 145–148.
- UNESCO – United Nations Educational Scientific and Cultural Organization (2003). *Water for People, Water for Life. The United Nations World Water Development Report 2003*, Paris.
- Wolf, A. T. (2006). *A Long Term View of Water and Security: International Waters, National Issues and Regional Tensions. A Report to the German Advisory Council on Global Change (WBGU)*, Berlin. http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex08.pdf.